



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU und SPD

Kein Flickenteppich in Deutschland beim Gentechnik-Ausstieg

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/4194

Der Landtag wolle beschließen:

Umsetzung der Ausstiegsklausel zum Verbot von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf Bundesebene

Die Landesregierung wird gebeten, sich im Rahmen der bevorstehenden Novelle des Gentechnikgesetzes des Bundes („Gesetz zur Regelung der Gentechnik“, GenTG) zur Umsetzung der in der EU vereinbarten „Ausstiegsklausel“ (Opt-out) für eine Umsetzung auf Bundesebene einzusetzen.

Begründung

Die Europäische Union hat den Mitgliedstaaten mit der „Opt-out-Regelung“ die Möglichkeit gegeben, den Anbau gentechnisch veränderter Organismen in ihren Gebieten zu untersagen. Derzeit wird darüber diskutiert, ob dieses Verbot auf Bundesebene umgesetzt oder den einzelnen Bundesländern überlassen werden soll. Eine bundeseinheitliche Regelung ist anzustreben.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD